Stadt Kamen **Niederschrift**

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Mittwoch, dem 17.03.2010
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD
Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann

Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Alexandra Möller
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Gabriele Lenkenhoff

fraktionslos
Herr Cetin Bahcekapili
Herr Dieter Kloß

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Gustav-Adolf Kersten
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Jochen Baudrexl
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten
Frau Susanne Middendorf

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes	005/2010
2	Bestellung von Herrn Bernd Wenge zum Vorstandsmitglied der Städt. Sparkasse Kamen	002/2010
3	Genehmigung einer weiteren außerplanmäßigen Ausgabe für Arbeiten im Rahmen einer außerordentlichen Maßnahme für ein Großschadensereignis in Wasserkurl	016/2010
4	NKF-Haushaltssatzung für das Jahr 2010	019/2010
5	Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2010	020/2010
6	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010	017/2010
7	Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße" gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB i.V.m. § 16 BauGB	004/2010
8	Einwohnerfragestunde	
9	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Anzeige von Nebentätigkeiten gemäß § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz	022/2010
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.
005/2010 Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss:

Frau Ewa Weidauer wird mit sofortiger Wirkung zur Prüferin des Fachbereichs Rechnungsprüfung bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
002/2010 Bestellung von Herrn Bernd Wenge zum Vorstandsmitglied der Städt. Sparkasse Kamen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen genehmigt die Bestellung von Herrn Sparkassendirektor Bernd Wenge zum Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Kamen für die Zeit vom 01.10.2010 bis zum 30.09.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
016/2010 Genehmigung einer weiteren außerplanmäßigen Ausgabe für Arbeiten im Rahmen einer außerordentlichen Maßnahme für ein Großschadensereignis in Wasserkurl

Beschluss:

Gemäß § 83 Absatz 2 GO NRW wird folgende außerplanmäßige Ausgabe genehmigt:

Im Produkt 12.07.01 – Brandschutz und Bevölkerungsschutz – werden unter der eingerichteten Buchungsstelle 12.07.01.591000 – Außerordentliche Aufwendungen – außerplanmäßig weitere 176.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der bisherige außerplanmäßige Ausgabenrahmen erhöht sich insgesamt auf 876.000 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
019/2010 NKF-Haushaltssatzung für das Jahr 2010

Herr **Hupe** informierte, dass im Ältestenrat vereinbart wurde die Redezeit auf 10 Minuten je Fraktion auszuweiten. Diese Regelung gelte auch für die Einzelratsmitglieder.
Herr Bahcekapili habe sich in einem persönlichen Gespräch dazu entschieden in diesem Jahr auf eine Rede zum Haushalt zu verzichten.

Für die SPD-Fraktion erklärte Frau **Dyduch** die Zustimmung zur vorgelegten Haushaltssatzung.
(Redebeitrag – siehe Anlage 1)

Herr **Kissing** nahm für die CDU-Fraktion Stellung und begründete die Ablehnung der Haushaltssatzung.
(Redebeitrag – siehe Anlage 2)

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bewertete Frau **Werning** die Haushaltslage.
(Redebeitrag – siehe Anlage 3)

Herr **Grosch** bewertete für die Fraktion Die Linke/ GAL die vorliegende NKF-Haushaltssatzung.
(Redebeitrag – siehe Anlage 4)

Für die FDP-Fraktion begründete Frau **Schaumann** in ihrem Statement die Ablehnung zur Haushaltssatzung.
(Redebeitrag – siehe Anlage 5)

Frau Möller nahm ab 16.55 an der Sitzung und der weiteren Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr **Kloß** kündigte an, in seiner Rede auf große Zahlenwerke verzichten zu wollen. Es habe ihn nicht überrascht, als er der Presse entnommen habe, dass laut Aufsichtsbehörde das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig sei.
Die Aussage, dass die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes aufgrund der Schuldenverantwortung unverzichtbar seien, sei ein Zitat des Bürgermeisters aus dem gleichen Presseartikel.
Dem gegenüber stellte er ein früheres Pressezitat des Kämmerers, in dem dieser von 86 unsinnigen Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept spreche, die der Aufsicht vorgelegt werden müssen, um weiterhin Investitionen tätigen zu können. Herr Kloß betonte die Widersprüchlichkeit der beiden Aussagen.
Er kritisierte, dass die Reduzierung von ursprünglich 86 Maßnahmen in der Potenzialliste auf 60 Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept nicht nachvollziehbar sei.
Als Gründe für die jetzige Situation sehe er zum einen die hohen Sozialaufwendungen, aber auch die verfehlte Haushaltspolitik der SPD-Fraktion, wie die Aufnahme neuer Schulden, Kirchturmdenken bei interkommunaler Zusammenarbeit und fehlende Strukturveränderungen.
Dabei merkte er an, dass die Situation aufgrund der genannten Gründe und trotz der guten Einnahmesituation in den Jahren 2007 und 2008 eingetreten sei.

Von Seiten des Landes oder Bundes erwarte er aufgrund der eigenen Verschuldung kaum Hilfen für die Kommunen.
Ausgelöst durch die noch nicht überwundene Wirtschaftskrise sei gerade die Wirtschaft auch weiterhin hilfebedürftig. Dazu müssen Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden. Hauptsächlich betroffen von der wirtschaftlichen Situation seien die Beschäftigten, die Folgen seien Kurzarbeit, geringfügige Beschäftigungen und Arbeitslosigkeit. Er wende sich daher dagegen Familien noch zusätzlich zu belasten. Kürzungen im Bereich Kinder, Jugend und Familie werden abgelehnt.
Zustimmung finde der Personalabbau, sowie die Gewinnausschüttung der Städt. Sparkassen Kamen. Er frage sich, warum die Ausschüttung von 800.000 Euro erst 2013 erfolgen solle.
Dagegen lehne er die Entnahme beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung mit der Begründung ab, dass die Gebührenzahler bereits in der Vergangenheit mit Gebührenerhöhungen belastet worden seien.
Herr Kloß betonte seine Enttäuschung darüber, dass die Einsparungen, die die Politik selbst betreffen, nicht in das Haushaltssicherungskonzept übernommen wurden.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2010 mit ihren Anlagen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Zu TOP 5.
020/2010 Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2010

Einleitend wies Herr **Hupe** auf zwei Korrekturen der Maßnahmeblätter hin. Das Maßnahmeblatt 11 werde zurückgezogen. Im Maßnahmeblatt 40 – Nutzungsentgelt Schwimmbäder müsse im Jahr 2010 der Betrag von 12.000 Euro eingetragen werden.

Zur weiteren Verfahrensweise schlug der Bürgermeister vor, dass zunächst die durch die Fraktionsanträge angesprochenen Maßnahmen einzeln diskutiert und beschlossen werden. Dabei sollen Anträge mit gleicher Beschlussintention zusammen abgehandelt werden. Zuerst wolle er die Positionen 22 und 32 aus dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und FDP-Fraktion ergänzt durch den Antrag der Fraktion Die Linke/ GAL ansprechen. Danach würden die Positionen 19, 24 und 52 aus den Anträgen der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke/ GAL folgen. Anschließend sollen die restlichen Positionen 23, 25, 48, 55 und 56 aus den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Diskussion gestellt werden. Darauf seien die Positionen 28, 30, 35, 37 und 41 aus dem Antrag der Fraktion Die Linke zu besprechen. Im Anschluss daran können weitere Positionen diskutiert werden. Abschließend werde er das Haushaltssicherungskonzept im Ganzen zur Abstimmung stellen.

Die Ratsmitglieder erklärten sich mit der Vorgehensweise einverstanden.

Gemeinsame Sachanträge der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und FDP-Fraktion; Sachanträge der Fraktion Die Linke/ GAL

Sachanträge zu Position 32 – Beiträge Kindertageseinrichtungen

Herr **Grosch** erklärte seine Übereinstimmung mit der Verwaltung insofern, dass die höheren Kosten für die Kommunen als familienfeindlich bewertet werden, und eine Verletzung des Konnexitätsprinzips darstellen. Er halte es daher für unredlich, dass dieser Antrag u.a. von zwei Parteien gestellt werde, die auf Landesebene dieses Gesetz zu verantworten haben. Den Antrag halte er jedoch inhaltlich für richtig.

Herr **Hupe** schlug vor, nicht über den Antrag im Ganzen, sondern getrennt nach Positionen abstimmen zu lassen. Dabei verwies er darauf, dass der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP-Fraktion und der Antrag der Fraktion Die Linke/ GAL trotz unterschiedlicher Begründung, das gleiche Ziel verfolgen.

Beschluss:

Die Position 32 – Beiträge Kindertageseinrichtungen wird aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachanträge zu Position 22 – Beiträge Offener Ganztag

Beschluss:

Die Position 22 – Beiträge Offener Ganztag wird aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen.

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Sachanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Fraktion Die Linke/ GAL

Sachanträge zu Position 19 – Minderaufwand für Lernmittel

Frau **Möller** begründete die Forderung der Streichung dieser Position damit, dass bei der Qualität des Lehrens und Lernens bereits in der Vergangenheit gespart worden sei. Zudem sei die Summe der Einsparung durch diese Position als marginal zu bewerten.

Herr **Eckardt** entgegnete, dass die Einsparungen, wie bereits im Schulausschuss berichtet, mit den Schulleitungen abgesprochen seien. Die Umsetzung sei auch nur, wie in Kamen vorliegend, in einer intakten Schullandschaft möglich.

Dazu ergänzte Frau **Möller**, dass ihrer Auffassung nach die Schulleitungen nur zähneknirschend der Maßnahme zugestimmt haben.

Frau **Scharrenbach** verwies auf die Diskussion im Schul- und Sportausschuss und erinnerte an das Versprechen von Herrn Brüggemann, dass im laufenden Schuljahr durch die Verwaltung informiert werde, ob die vorhandenen Mittel den Bedarf ausreichend decken.

Beschluss:

Die Position 19 – Minderaufwand für Lernmittel wird aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachanträge zu Position 24 – Unterrichtsmaterialien

Beschluss:

Die Position 24 – Unterrichtsmaterialien wird aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachanträge zu Position 52 – ÖPNV-Angebot Taxibus

Herr **Grosch** nahm Bezug auf Gespräche, die er während des Wahlkampfes mit Jugendlichen geführt habe. Dabei sei das Erreichbarkeitsproblem der Jugendlichen thematisiert worden. Seiner Kenntnis nach werde der Taxibus von Jugendlichen viel genutzt.

Frau **Dyduch** stimmte dem im Grundsatz zu. Allerdings werde unter dieser Position lediglich die Streichung der Linien T 84 und T 25 forciert. Diese Linien würden nur eine geringe Auslastung aufweisen. Sie machte deutlich, dass das Nacht-Sammeltaxi nicht von der Streichung betroffen sei.

Herr **Kühnapfel** kritisierte, dass diese Informationen in der Form nicht der Vorlage entnommen werden könne.

Herr **Baudrexl** verwies dazu auf die Erläuterungen zu den Positionen, die er in den Fraktionen gegeben habe. Das System der Anruf-Sammeltaxis diene dazu, die Jugendlichen auch in den Abendstunden nach Hause zu bringen. Vorliegend handele es sich allerdings um zwei Taxibuslinien. Zum einen um die Strecke von Kamen-Heeren nach Kamen-Mitte und zum anderen von Kamen-Mehtler nach Kamen-Mitte. Der Kämmerer betonte, dass Anrufe beim Sammeltaxiangebot davon nicht berührt seien. Zur Klärung der Angelegenheit gab er zu Protokoll, dass bei diesem Maßnahmeblatt ausschließlich die Taxibus-Linen T84 und T25 betroffen seien.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erklärte Herr **Kühnapfel**, dass unter diesen Umständen der Sachantrag für diese Position zurückgezogen werde.

Herr **Grosch** wandte ein, dass zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit zur Prüfung der Auslastung dieser Linien bei den Jugendlichen bestehe.

Herr **Baudrexl** merkte an, dass die Verträge für die betroffenen Linien noch gekündigt werden müssen. Er bot an, vor der Kündigung in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses das System der städtisch beauftragten Sonderverkehre der VKU vorzustellen, und Zahlen zur Auslastung der Strecken zu nennen.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters und mit Einverständnis der Antragsteller erfolgte keine Abstimmung über den Sachantrag zur Position 52.

Sachanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Sachantrag zu Position 23 – Landesprogramm Kultur und Schule – Stadtanteil/ Sponsoren

Frau **Möller** machte als Begründung des Sachantrages die besondere Bedeutung des Landesprogramms „Kultur und Schule“ deutlich. Sie schlug vor, die gestrichene Einsparung bei der Position Präsente bei Jubiläen lieber für das Landesprogramm zu verwenden.

Herr **Hupe** bat zu beachten, dass diese Präsente nur selten und bei besonderen Anlässen gemacht werden.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass es nicht um einen Bevorratungsbeschluss gehe. Von geplanten zwei Schulen, werde sich doch nur die Friedrich-Ebert-Schule für den offenen Ganztag bewerben. Mit der Schulleiterin sei dem Grunde nach Einvernehmen erzielt worden, dass dies für dieses Jahr verzichtbar sei.

Mit Blick auf das Haushaltssicherungskonzept, vermutete Frau **Möller**, können sich die Schulen nicht nur für den offenen Ganztag, sondern auch im Rahmen des Regelunterrichtes bewerben. Damit könne der Zuschuss der Stadt reduziert werden. Auch sei die Schule bereit Sponsoren zu suchen, was sich allerdings in diesem Bereich schwierig darstelle.

Dem entgegnete Herr **Brüggemann**, dass die Bewerbung auf den offenen Ganztag beschränkt sei. Dies umzustellen sei aufgrund der knappen Bewerbungsfristen nicht mehr möglich. Es sei ebenfalls nicht möglich bei offenem Ganztag den Eigenanteil der Stadt durch Sponsorengelder abzudecken. Eine komplementäre Finanzierung müsse durch den Schulträger erfolgen.

Beschluss:

Die Stadt Kamen übernimmt auch in Zukunft den Eigenanteil der teilnehmenden Schulen am Landesprogramm „Kultur und Schule“.
Die teilnehmenden Schulen werden zudem bei der Suche nach Sponsoren von der Stadt Kamen unterstützt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag Position 25 – keine Anhebung Eintrittsgelder Kindertheater

Herr **Weber** sah in der Preiserhöhung ein falsches Signal, sowie Familienunfreundlichkeit. Dabei bewerte er die Erhöhung des Preises für die Er-

wachsenen um das doppelte als problematisch, da diese als Aufsichtspersonen die Kinder begleiten müssen. Die CDU-Fraktion werde daher diesem Antrag zustimmen.

Frau **Möller** legte dar, dass das hiesige Angebot im Vergleich zu dem der umliegenden Städte bereits jetzt teurer sei. Sie warnte davor, dass die Auslastung der Veranstaltungen durch eine Verteuerung der Erwachsenenkarte sinken werde.

Beschluss:

Die vorgesehene Anhebung der Eintrittsgelder im Bereich Kindertheater wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag zu Position 48 – Aufwandsreduzierung Straßenbeleuchtung/ Lichtsignalanlagen

Einleitend verwies Herr **Baudrexl** darauf, dass nach den rechtlichen Anforderungen der Aufsichtsbehörde das Haushaltssicherungskonzept ein hohes Maß an Verbindlichkeit aufweisen müsse. Dies gestalte sich schwierig bei Positionen, die nicht im unmittelbaren Einfluss der Stadt stehen.
Hierfür führte er auf, dass die zur Zeit gültigen Beleuchtungsverträge in Nachverhandlungen geändert werden müssten. Zudem sei zu bedenken, dass ein Großteil der Kosten nicht durch Strom, sondern durch Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten entstehe. Letztlich müsste entschieden werden, ob und in welchen Straßen mit der Umstellung begonnen werde.
Der Kämmerer wies ebenfalls auf die Kosten hin, die aufgrund der Entwicklung eines notwendigen technischen Konzeptes nicht zu vermeiden seien. Die Vorgehensweise und die Zeitabfolge sei mit den anderen Gesellschaftern abgestimmt worden.

Herr **Kühnapfel** wünschte sich mehr Druck in dem Entscheidungsprozess, so dass die Umstellung schon zu einem früheren Zeitpunkt realisiert werden könne. Es müsse Möglichkeiten geben, eine Einigung mit der Gesellschaft herbeizuführen und eine kurzfristigere Änderung der Verträge zu bewirken.

Problematisch sei, dass die technische Bedeutung sowie die Vorlaufinvestitionen noch nicht bekannt seien, so Herr **Baudrexl**. Dabei stellte er heraus, dass die im Haushaltssicherungskonzept aufgeführten Positionen belastbar erreicht werden müssen. Sollte sich bei einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept herausstellen, dass eine Umsetzung nicht möglich sei, habe dies möglicherweise Kürzungen in anderen Bereichen zur Folge. Er warnte daher vor der Aufnahme von reinen Wunschpositionen in das Haushaltssicherungskonzept.

Frau **Dyduch** appellierte an den Rat politisch nicht zu verbissen zu diskutieren. Sie habe verstanden, dass ernsthaft an dem Thema gearbeitet werde. Vielleicht bestehe auch die Möglichkeit einer früheren Realisierung. Sie vertraue darauf, dass die Experten das Thema in der gebotenen Zeit realisieren können.

Herr **Hasler** befürwortete ebenfalls eine Vorziehung dieser Position. Die

Bedenken des Kämmerers seien zwar nachvollziehbar, er appelliere dennoch an den zukünftigen Geschäftsführer der GSW diese Maßnahme vorzuziehen.

Mit Verweis auf den Energiebericht 2008 betonte Herr **Baudrexl**, dass die Kosten im wesentlichen aus den Abschreibungen, Unterhaltungs- und Wartungskosten resultieren. Im Jahr 2008 seien für Straßenbeleuchtung und Ampeln Stromkosten i.H.v. 297.980 Euro entstanden. Die geplanten Einsparungen i.H.v. 175.000 Euro seien nicht ausschließlich durch Energieeinsparungen möglich. Er warnte davor, das Thema zu einfach und locker anzugehen.

Frau **Möller** fragte nach, woraus die Einsparsumme von 175.000 Euro entstanden sei.

Herr **Baudrexl** machte deutlich, dass zur Reduzierung der Kosten zum einen zunächst die bestehenden Verträge im Rahmen von Nachverhandlungen geändert werden müssen. Zum anderen müsse nach technischen Umsetzungsmöglichkeiten gesucht werden. Der genannte Betrag sei daher eine Schätzgröße, die erst einmal erreicht werden müsse.

Beschluss:

Zu den vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung wird folgende Änderung beschlossen:

Nr.	Produkt	Produktbezeichnung	Aufgabenbereich/ Bezeichnung der Konsolidierungsmaßnahme	Haushaltsverbesserung/ Potential Ergebnisveränderung in T€			
				2010	2011	2012	2013
48	54.01.02	Unterhaltung von Verkehrsflächen	Aufwandsreduzierung Straßenbeleuchtung/ Lichtsignalanlage	0,0	175,0	175,0	175,0

Abstimmungsergebnis: bei 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag zu Position 55 – Reduzierung Verlustübernahme Technopark Kamen GmbH

Herr **Kühnapfel** begründete den Sachantrag für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Unter Verweis auf die hohen Verlustübernahmen der Vergangenheit, sei seiner Meinung nach die Summe als Zielvereinbarung für die Geschäftsführung zu niedrig angesetzt. Die Einrichtung werde damit allerdings nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Herr **Hupe** gab den sachlichen Hinweis, dass die genannten Zahlen im Zusammenhang mit dem aktuellen Wirtschaftsplan stehen und mit der Geschäftsführung abgestimmt seien.

Herr **Kissing** gab zu bedenken, dass es grundsätzlich schwierig sei, Ergebnisse vorzuschreiben. Eine Möglichkeit sei es, Zielvereinbarungen mit der Geschäftsführung abzuschließen. Wichtig sei der politische Wille, die genannte Einsparungsgröße sei nur eine Schätzung. Er machte deutlich, dass Überlegungen zu Strukturveränderungen angestellt werden müssen.

Herr **Hupe** legte dar, dass die Geschäftsführer des Technoparks und der Stadthalle mit maximalem Druck versuchen die Zuschüsse seitens der Stadt zu verringern. Dies werde auch von den Ratsmitgliedern im Aufsichtsrat entsprechend begleitet. Unterschieden werden müsse zwischen Wunschvorstellungen oder realen Zahlen der Geschäftsführer.

Frau **Dyduch** würdigte die Vereinbarung mit der Geschäftsführung positiv. Es sei schwierig dabei bestimmte Werte festzulegen. Sie nehme die Botschaft mit, dass der Technopark als Einrichtung in Kamen gewollt sei, und plädierte dafür die Zahlen so zu belassen, wie sie im Haushaltssicherungskonzept aufgeführt sind.

Herr **Klanke** stellte klar, dass im Technopark nicht mit riesigen Summe umhergeworfen werde. In der Vergangenheit habe der Zuschussbedarf meistens unterhalb des Planes gelegen.

Für die Ernsthaftigkeit der Position forderte Herr **Kloß**, eine kontrollierbare Messzahl und keine fiktiven Zielzahlen des Geschäftführers.

Herr **Hupe** wandte ein, dass die konkreten Zahlen dem Haushaltssicherungskonzept zu entnehmen seien. Die Zahl für das Jahr 2010 setze auf den Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 auf.

Der Diskussion sei zu entnehmen, dass es nicht möglich sei, konkrete Zahlen zu nennen, führte Herr **Kühnapfel** aus. Es herrsche eine Unzufriedenheit bezüglich der Ergebnisse der Vereinbarungen mit der Geschäftsführung in den letzten Jahren. In der Vereinbarung müsse deutlich gemacht werden, dass Verluste gedeckelt werden.

Herr **Hupe** machte deutlich, dass der Technopark eine GmbH sei, und der Rat die wirtschaftlichen Ergebnisse der GmbH nicht beschließen könne. Er warnte davor, die Bereiche zu vermischen. Die Verluste seien zu drücken, aber nicht zu deckeln. Es sei nicht möglich heute schon genaue Zahlen zu nennen. Er wies daraufhin, dass man den Geschäftführer nicht in eine unangemessene Haftung nehmen solle. Der Wunsch nach einem politischen Signal sei bereits erfüllt.

Beschluss:

Zu den vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung wird folgende Änderung beschlossen:

Nr.	Produkt	Produktbezeichnung	Aufgabenbereich/ Bezeichnung der Konsolidierungsmaßnahme	Haushaltsverbesserung/ Potential Ergebnisveränderung in T€			
				2010	2011	2012	2013
55	57.01.01	Wirtschaftsförderung und Tourismus	Reduzierung der Verlustübernahme aus der TECHNOPARK KAMEN GmbH	30,0	30,0	30,0	30,0

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag zu Position 56 – Reduzierung Verlustübernahme KBG mbH

Einleitend wies Herr **Hupe** daraufhin, dass die Senkung gegenüber dem Verlust 2008 um 98.000 Euro im Verhältnis eine Senkung um ca. 20 % ausmache. Dies sei als ernsthafte Anstrengung zur Senkung der Verlustübernahme zu bewerten.

Herr **Grosch** brachte seine differenzierte Sichtweise zum Ausdruck. Nach Zweifeln an der Richtigkeit des Baues der Stadthalle, sehe er, dass die Stadthalle gewisse soziale und kulturelle Bedürfnisse befriedige und daher auch weiterhin grundsätzlich Bestand haben solle.
Die Verärgerung über die Überschreitung des geplanten Zuschusses um 150.000 Euro sei bereits in der letzten Sitzung des Rates deutlich geworden.
Der Sachantrag sei daher für eine verschärfte Zeichensetzung positiv zu bewerten. Da der Ansatz zur Verlustabdeckung über 100.000 Euro höher liege als im letzten Jahr, sei die von der Verwaltung vorgeschlagene Einsparung von 30.000 ein bescheidener Wert. Der Druck auf die Bemühungen der Geschäftsführung müsse erhöht werden.

Herr **Kloß** zeigte auf, dass in den letzten 12 Jahren eine Verlustabdeckung von 5 Mio. Euro getragen worden sei. Er fragte nach, woran der Erfolg der KGB genau gemessen werde und bemängelte die fehlende Kontrolle. Er fordere mehr Bewegung in Sachen Strukturveränderungen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion habe die Stadthalle eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, so Frau **Dyduch**. Die Arbeit der Stadthalle werde wie beim Technopark eng begleitet. Sie halte es für schwierig, ein Wirtschaftsergebnis zu verordnen. Es bestehe Vertrauen in die Seriosität der Arbeit der Geschäftsführung und der begleitenden Gremien.

Herr **Kissing** zweifelte die von Herrn Kloß genannte Verlustabdeckung i.H.v. 5 Mio. Euro innerhalb der letzten 12 Jahren an. Bereits beim Bau der Stadthalle habe es Diskussionen zu der Frage gegeben, ob die Kosten zu weit in die Höhe gehen. Die Möglichkeit, dass es irgendwann bezüglich der Stadthalle zu einer Grundsatzdiskussion kommen werde, schloss er nicht aus. Zunächst gehe es darum den Zuschuss zu verringern.

Bezüglich einer Grundsatzdebatte wies Herr **Hupe** auf die bestehende Förderbindung hin.

Herr **Gercek** gab zu beachten, dass der Aufsichtsrat jede Anstrengung unternehme, um die KBG auf Kurs zu bringen. Die Zahlen für 2009 werden demnächst erwartet. Die im Haushaltssicherungskonzept veranschlagte Zahl halte er für durchaus realistisch.

Frau **Scharrenbach** stellte fest, dass kommunale Investitionen immer auch mit Risiken verbunden seien. Ihr stelle sich aber die Frage, wie hoch der Verlust noch werden solle, und wie mit dem Geld wirtschaftlich effektiv gearbeitet werden könne. Der soziale Faktor sei nicht gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Effektivität.

Beschluss:

Zu den vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung wird folgende Änderung beschlossen:

Nr.	Produkt	Produktbe-zeichnung	Aufgabenbereich/ Bezeichnung der Konsolidierungs-maßnahme	Haushaltsverbesserung/ Potential Ergebnisveränderung in T€			
				2010	2011	2012	2013
56	57.02.01	Allgemeine Einrichtungen	Reduzierung der Verlust-übernahme aus der Kamener Betriebsfüh-rungsgesellschaft mbH	40,0	40,0	40,0	40,0

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag zu Position 51 – ÖPNV – Angebot – Sonderverkehr „Stadtfest“

Beschluss:

Zu den vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung wird folgende Änderung beschlossen:

Nr.	Produkt	Produktbe-zeichnung	Aufgabenbereich/ Bezeichnung der Konsolidierungs-maßnahme	Haushaltsverbesserung/ Potential Ergebnisveränderung in T€			
				2010	2011	2012	2013
51	54.03.01	ÖPNV	ÖPNV – Angebote – Sonderverkehr „Stadtfest“	0,0	0,0	0,0	0,0

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Die Sitzung wurde für eine Pause in der Zeit von 18.30 Uhr bis 18.50 Uhr unterbrochen.

Sachanträge der Fraktion Die Linke/ GAL

Sachantrag zu Position 7 – Aufwandsreduzierung Reinigung

Herr **Grosch** begründete den Antrag für die Fraktion Die Linke/ GAL damit, dass die Reinigungskräfte am Wenigsten verdienen. Dieser Posten sollte daher aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen werden.

Unter Erläuterung der Zahlen machte Herr **Baudrexl** deutlich, dass es sich um einen sehr maßvollen Sparvorschlag handele.

Der Hauptschwerpunkt der Reinigung liege bei städtischem Personal, stellte Frau **Dyduch** fest.
Sie hoffe hier in Zusammenarbeit mit dem Personalrat und den betroffenen Kolleginnen auf eine hausinterne Lösung.

Beschluss:

Die Maßnahme mit der Position 7 – Aufwandsreduzierung Reinigung wird aus dem Haushaltssicherungskonzept herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt.

Sachantrag zu Position 28 – Reduzierung Zuschuss Musikschule

Herr **Grosch** führte aus, dass die Lehrer der Musikschule in der Vergangenheit durch die Einführung von Honorarverträgen bereits Beiträge zum Sparen geleistet haben. Die Zustimmung des Kollegiums sei nur aus Angst vor weitergehenden Einsparungen erfolgt. Er plädiere dafür, unter Berücksichtigung des sozialen Faktors, die Position aus dem Haushaltssicherungskonzept zu streichen.

Herr **Klanke** stimmte zu, dass hier ein weiterer Sparbeitrag durch die Musikschule geleistet werde. Bemerkenswert sei, dass die Sparvorschläge vom Kollegium selbst entwickelt worden seien. Zusätzlich solle die Kooperation mit den Grundschulen ausgeweitet werden. Kürzungen in diesem Bereich seien zwar nicht gewünscht, aber dennoch eine Notwendigkeit.

Frau **Möller** lobte die Sparvorschläge des Musikschulkollegiums als innovatives und mutiges Konzept. Die engere Zusammenarbeit mit den Grundschulen sei positiv zu bewerten. Im Vergleich zu anderen Positionen, sei die vorliegende Einsparung noch moderat.

Herr **Grosch** vertrat die Meinung, dass der Druck auf die Musikschule zu groß gewesen sei. Im Vergleich der verschiedenen Positionen sehe er andere Einsparpotentiale. Als Beispiel führte er das Vorziehen der Gewinnausschüttung durch die Sparkasse Kamen an. Die Einsparpotentiale im Kulturbereich seien nicht so hoch, wie in anderen Bereichen.

Herr **Hupe** verwies darauf, dass alle Zahlen zu den Ausschüttungen der Einrichtungen sorgfältig geprüft worden seien. Verteilt werden könne nur, was auch vorhanden sei. Die anvisierte Ausschüttung durch die Sparkasse im Jahr 2013, sei ein ehrgeizig gestecktes Ziel. Es hänge von verschiedenen Faktoren in den nächsten Jahren ab, ob im Jahr 2013 eine Ergebnissituation vorliege, die die Ausschüttung in der veranschlagten Höhe möglich mache.
Der Bürgermeister hob hervor, dass der Druck auf die Musikschule rein aus der Sachlage erfolgt sei. Das Kollegium habe selbst entschieden diesen Weg zu gehen. Zudem warnte er, dass unter dem Stichwort „freiwillige Ausgabe“ immer die Gefahr von Auflagen durch die Aufsicht drohe.

Beschluss:

Die Maßnahme mit der Position 28 – Reduzierung Zuschuss Musikschule wird aus dem Haushaltssicherungskonzept herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag zu Position 30 – Entgelte Stadtbücherei

Herr **Grosch** rechtfertigte den Sachantrag damit, dass es sich um eine Steigerung der Mahngebühren um ca. 50 % und der Jahresgebühr um 1/3 handele.

Beschluss:

Die Maßnahme mit der Position 30 – Entgelte Stadtbücherei wird aus dem

Haushaltssicherungskonzept herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag zu Position 35 – zentrale Spielplatzanlagen

Beschluss:

Die Maßnahme mit der Position 35 – zentrale Spielplatzanlagen wird aus dem Haushaltssicherungskonzept herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag zu Position 37– Verminderung der Leistungen der Jugendhilfe

Beschluss:

Die Maßnahme mit der Position 37 – Verminderung der Leistung der Jugendhilfe wird aus dem Haushaltssicherungskonzept herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Sachantrag zu Position 41 – Sportförderung

Beschluss:

Die Maßnahme mit der Position 41 – Sportförderung wird aus dem Haushaltssicherungskonzept herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt

Herr **Kissing** teilte mit, dass die CDU-Fraktion drei Initiativanträge zu den Positionen 54 – Fremdvergabe Pflege öffentliches Grün, 58 – Anpassung Grundsteuerhebesatz und 59 – Anpassung Gewerbesteuerhebesatz einbringen wolle.

Zum Maßnahmeblatt 54 – Fremdvergabe Pflege öffentliches Grün führte Frau **Scharrenbach** aus, dass vor der Fremdvorgabe eine Prüfung erfolgen solle, ob der Bauhof diese Arbeiten besser selbst erledigen könne. Sowohl das erforderliche Personal als auch das Vertrauen in das Personal des Bauhofes seien vorhanden. Fraglich sei, ob der Bauhof nicht in einen Eigenbetrieb überführt werden sollte. Sie beantrage, dass dies durch die Verwaltung geprüft werde.

Es sei versucht worden den Gesamtaufwand in pflichtige Aufgaben und in freiwillige Aufgaben zu unterteilen, erklärte Herr **Baudrexl**. Ohne Fremdvergaben sei die Erledigung von einigen Aufgaben aufgrund des Stellenabbaus in diesem Bereich nicht möglich gewesen. Durch Einsparungen in diesem Bereich werde versucht freiwillige Aufgaben zu erhalten.

Eine Bewertung über die Analogie zur Stadtentwässerung könne aufgrund der Unterschiede in der Aufgabenstellung und dem Finanzierungshinter-

grund der Stadtentwässerung nicht hergestellt werden, informierte Herr **Hupe**. Ein Effizienzansatz müsse vorlaufend geprüft werden. Dies sei in der Sitzung nur aufgrund eines Initiativantrages nicht möglich. Er schlug daher vor, der Verwaltung die Möglichkeit der Vorbereitung zu geben. Die Ergebnisse würden dem Rat zur Diskussion gegeben werden.

Frau **Dyduch** charakterisierte diese Position, als typische Position im Haushaltssicherungskonzept, die aus der Not heraus geboren sei. Zu der Überführung des Bauhofes in einen Eigenbetrieb erwarte sie die Informationen durch die Verwaltung.

Herr **Kühnapfel** bewertete die Einsparung durch Fremdvergabe mit Blick auf die Arbeitsbelastung und die zu erledigenden pflichtigen Arbeiten zu bestimmten Zeitpunkten als sinnvoll. Als Beispiel nannte er den Gehölzschnitt. Weiteres Einsparpotenzial, sehe er durch eine ökologische Betrachtung der Pflege des öffentlichen Grüns.

Herr **Hupe** hielt dem entgegen, dass die Bürger hohe Ansprüche an die Grünpflege haben. Zu den Einsparungen in der Fremdvergabe komme zudem der Wegfall, der durch die ARGE geförderten befristeten Stellen. In diesem Bereich werde es daher künftig ernsthafte Einschnitte geben.
Zum Verfahren mit dem Initiativantrag schlug er vor, diesen als mehrstufigen Prüfauftrag zu behandeln. Zunächst nehme die Verwaltung die Vorprüfung einer Strukturumwandlung vor. Dem Rat werde über entwickelte Grundsatzideen berichtet. Danach könne dann evtl. ein Prüfauftrag formuliert und beschlossen werden.

Die CDU-Fraktion erklärte sich mit dem Verfahren einverstanden und verzichtete auf eine Abstimmung zu dem Initiativantrag.

Zur weiteren Vorgehensweise mit den übrigen zwei Initiativanträgen, zu den Positionen 58 – Anpassung Grundsteuerhebesatz und 59 – Anpassung Gewerbesteuerhebesatz empfahl Herr **Hupe** mit Zustimmung der CDU-Fraktion eine gemeinsame Behandlung der Positionen.

Herr **Kissing** stellte heraus, das die Grundsteuererhöhung alle Bürger, sowohl Eigentümer als auch Mieter und somit alle sozialen Gruppen treffe. Vor allem Familien mit Kindern, die die städtischen Einrichtungen nutzen, seien mehrfach von dem Haushaltssicherungskonzept betroffen. Bezogen auf die Gewerbesteuer führte er aus, dass Kamen als Umland für Firmen attraktiv bleiben müsse.

Herr **Baudrexl** erinnerte, dass es vor ca. 2 Jahren im Bereich der Gewerbesteuer Gesetzesänderungen, mit dem Ziel der Stärkung der konjunkturellen Unabhängigkeit, gegeben habe. Die Absenkung der Gewerbesteuermesszahl habe aber im Gegenteil dazu geführt, dass Städte mit vorwiegend kleineren Unternehmen, wie auch Kamen, erhebliche Einnahmeverschlechterungen verbuchen müssen. Es müsse Berücksichtigung finden, dass sowohl die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, als auch die Gesetzesänderung ursächlich für die sinkenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer seien.
Seiner Meinung nach kompensiere die Erhöhung des Hebesatzes möglicherweise nicht einmal die Belastung durch die Senkung der Messzahl. Zudem gab er zu bedenken, dass die Aufsicht in Bezug auf Steuern klare Hinweise gegeben habe.

Frau **Dyduch** charakterisierte die Situation als Dilemma. Auf der einen Seite sehe sie die Kritik zu dieser Position, demgegenüber stehe das nicht unwesentliche Sparpotenzial i.H.v. 1,8 Mio. Euro. Sie fordere daher im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes Farbe zu bekennen und Verantwortung mitzutragen.

Herr **Kissing** argumentierte, dass es dem Zweck der Senkung der Messzahl entgegenlaufe, wenn in Kamen die Gewerbesteuerhebesätze erhöht werden.

Herr **Baudrexl** machte deutlich, dass die Intention der Senkung der Gewerbesteuermesszahl, die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern, hier nicht eingetreten sie. Die Erhöhung des Hebesatzes erfolge nicht um diesem Effekt gegenzusteuern, sondern aus der Not der aktuellen Haushaltssituation heraus. Mit seiner Information habe er darstellen wollen, dass die Senkung der Messzahlen in Kamen einen anderen Effekt gehabt habe, als beabsichtigt war.

Bei der Gewerbesteuer gebe es regional typische Gewohnheiten, stellte Herr **Kissing** fest. In diesem Zusammenhang verwies er auf die unterschiedlichen Steuersätze der Kommunen. Im Vordergrund stehe für ihn die regionalwirtschaftliche Betrachtung. Dabei müsse beachtet werden, dass Kamen keine Großstadt sei. Er hob hervor, dass die Attraktivität für Firmen, die planen sich in Kamen niederzulassen, erhalten werden müsse.

Herr **Hupe** unterstrich, dass diese Haltung eine Erhöhung der Kassenkredite auslösen werde. Zudem stellte er die auftretende Widersprüchlichkeit zwischen der Gesetzgebung einerseits und der Aufsicht andererseits heraus. Es sei nicht richtig, dass die Kommunen dies ausbaden müssen.

Herr **Grosch** wies daraufhin, dass die Erhöhung der Grundsteuer sowohl die Eigentümer als auch die Mieter betreffe. Eine gewisse soziale Komponente werde dadurch gewahrt, dass Mieter weniger betroffen seien als Eigentümer.
Seiner Meinung nach seien die Freibeträge bei der Gewerbesteuer so hoch bemessen, dass kleinere Unternehmen diese nicht zahlen müssten.

Herr **Hupe** ließ zunächst über den Initiativantrag der CDU-Fraktion zu den Positionen 58 und 59 gemeinsam abstimmen.

Beschluss:

Die Position 58 – Anpassung Grundsteuerhebesatz und die Position 59 – Anpassung Gewerbesteuerhebesatz werden aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Im Anschluss ließ der Bürgermeister über das gesamte Haushaltssicherungskonzept abstimmen.

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2013 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Zu TOP 6.
017/2010 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010

Für die SPD-Fraktion gab Herr **Krause** die Stellungnahme zum Stellenplan ab.
(Redebeitrag – siehe Anlage 6)

Herr **Hasler** nahm für die CDU-Fraktion Stellung zum vorgelegten Stellenplan.
(Redebeitrag – siehe Anlage 7)

Herr **Kühnapfel** stellte fest, dass die Personalkosten stabil gehalten werden müssen, dafür sei ein weiterer Abbau unumgänglich, ebenso wie die dadurch steigende Arbeitsverdichtung. Die Fraktion bedaure, dass es in nächster Zukunft keine Beförderung der Mitarbeiter geben werde. Erfreut zeigte er sich über den Erhalt der Jahrespraktikanten im Jugendbereich. Auch wenn es schwierig sei über Bedarf auszubilden, sollte dies im Hinblick auf die soziale Verantwortung trotzdem versucht werden, soweit die Ausbildung auch auf dem freien Markt gefragt sei. Er dankte den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Die Bewertung des Stellenplans für die Fraktion Die Linke/ GAL nahm Frau **Lenkenhoff** vor. *(siehe Redebeitrag Anlage 8)*

Herr **Kloß** befürwortete, dass die Verwaltung bezüglich der Einsparungen in diesem Bereich Wort gehalten habe. Sein Dank gelte den Mitarbeitern der Verwaltung.

Herr **Wiegelmann** begrüßte die Einsparungen im Stellenplan für die Haushaltssicherung. Er vertraue auf die Umsetzung durch die Verwaltung. Dem Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung schloss er sich an.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dabei muss beurteilt werden, ob die Aufgaben der betreffenden freiwerdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden können, bzw. ob eine Besetzung der Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.

2. Dem vorgelegten Stellenplan 2010 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung mehrheitlich angenommen

Zu TOP 7.
004/2010 Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße" gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB i.V.m. § 16 BauGB

Herr **Hupe** informierte, dass Frau **Schaumann** sich für befangen erklärt hat. Sie nahm an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Mit Bezug auf die Beratungen im Planungs- und Umweltausschuss hielt Herr **Kissing** die nach seiner Einschätzung nicht einfache Überplanung des Bereichs im Verlauf der Befristung der Veränderungssperre innerhalb der nächsten zwei Jahre für notwendig. Das gelte auch für die westlich an diesen Bereich angrenzende Fläche nach dem Wegzug des Baumarktes Praktiker.
Das Gebiet habe mit einem zukunftsfähigen Konzept aufgrund seiner Lage und Größe durchaus Chancen auf großflächige Ansiedlungen.

Herr **Grosch** stimmte dem zu. Er bat um Berücksichtigung des sensiblen Nachbarschaftsbereichs mit Schulzentrum und der Pflegeeinrichtung Haus Volkermann. Er erläuterte kurz das Abstimmungsverhalten seines Fraktionsvertreters im Planungs- und Umweltausschuss.

Herr **Baudrexl** bestätigte die Komplexität dieses Bebauungsplans mit Klärungsbedarf schwieriger Rechtsfragen. Die Veränderungssperre verhindere im übrigen nicht Entwicklungen. Sinnvolle Veränderungen würden von der Verwaltung positiv begleitet und unterstützt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt gem. § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB i.V.m. § 16 BauGB die Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 13 für den räumlichen Geltungsbereich

Gemarkung Kamen; Flur 43; Flurstücke 198, 199, 220, 221, 229, 230, 231, 232, 233, 236, 237, 238, 239, 253, 255, 257, 260, 261, 262, 263, 265, 267, 268, 269, 270, 275, 276, 279, 283, 287, 288, 305, 334, 378, 379, 399, 400, 426, 427, 477, 478

im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka „Gewerbegebiet Gutenbergstraße“, die der Rat der Stadt Kamen am 24.04.2008 gem. §§ 14, 16, 17 BauGB sowie § 41 GO NW erlassen hat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Besetzung Aufsichtsrat der UKBS mbH

Herr **Hupe** berichtete, dass er nicht mehr als Vertreter der Verwaltung gemäß § 113 GO NRW dem Aufsichtsrat angehören werde. Als Nachfolger zum 01.04.2010 habe er den Beigeordneten Reiner Brüggemann benannt.

Anfragen

Anfragen bestanden nicht

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer